

Ihr:e Gesprächspartner:in:

Andreas Stangl

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Laura Kepplinger

Präsident der AK Oberösterreich

Teamleiterin Bildungspolitik

in der AK Oberösterreich

**Die beste Bildung für alle Kinder:
Vorschläge der AK Oberösterreich
für ein besseres Bildungssystem**

Pressekonferenz

am Donnerstag, 23. Mai 2024, um 11 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale und demokratische Teilhabe, Selbstermächtigung sowie einen guten Einstieg und Verbleib im Berufsleben. Viele Chancen und Möglichkeiten unserer Kinder und Jugendlichen hängen davon ab, wie gut das österreichische Bildungssystem in der Lage ist, Stärken zu fördern, Potenziale zu wecken, Schwächen auszugleichen und Abbrüche zu verhindern.

Das österreichische Bildungssystem schafft es nicht, soziale Ungleichheiten zu kompensieren. Im Gegenteil: Die Bildungspolitik der letzten Jahre hat den selektiven Charakter des österreichischen Schulsystems noch verschärft. Entscheidungen über Bildungswege hängen nach wie vor in großem Ausmaß vom Bildungsniveau und vom Einkommen der Eltern ab. Viele Aspekte des Lernens werden in die Verantwortung der Eltern ausgelagert. Das zeigt sich unter anderem an der hohen Nachfrage nach teurer privater Nachhilfe: Wer es sich leisten kann, kann den eigenen Kindern zum schulischen Erfolg verhelfen. Gleichzeitig gibt es einen viel zu hohen Anteil an Risikoschüler:innen, die am Ende der Pflichtschulzeit nicht über Grundkompetenzen verfügen.

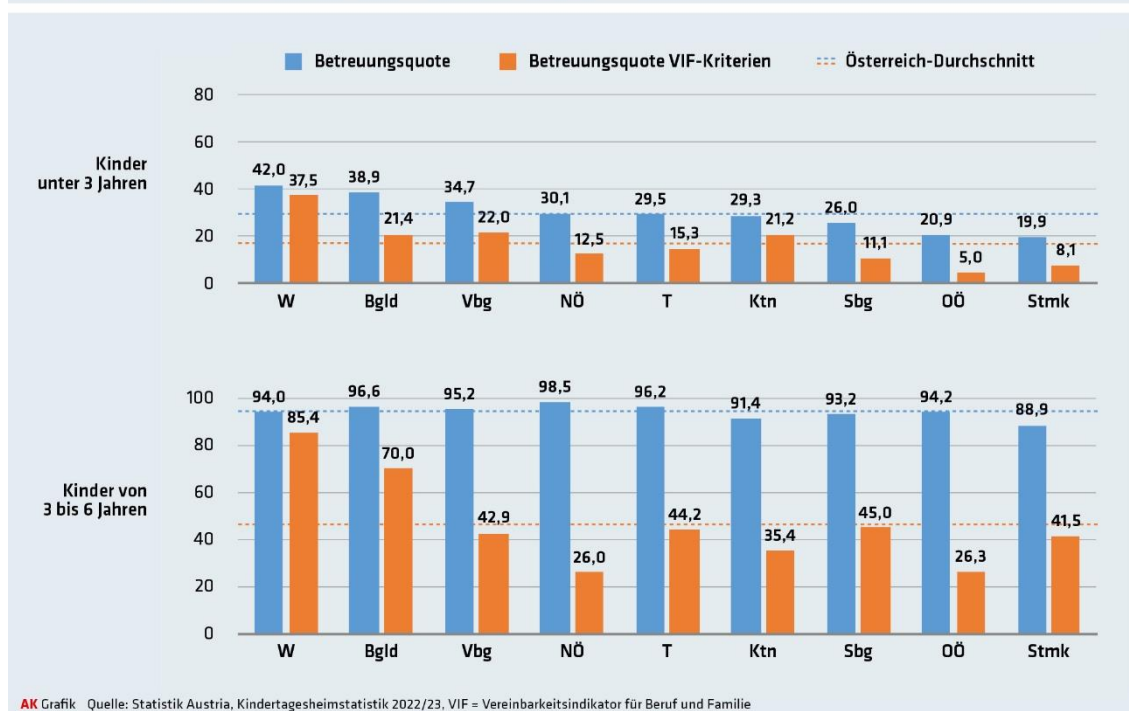
Um allen Kindern die beste Bildung zukommen zu lassen, muss das Bildungssystem grundlegend umgebaut werden. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat dafür drei wesentliche Vorschläge:

Vorschlag 1: In Kinderbildung investieren, von klein an

Kindergärten und Krabbelstuben werden in Österreich nach wie vor nicht als erste Stationen auf dem Bildungsweg anerkannt. Dabei ist unbestritten, dass frühe Förderung für mehr Chancengerechtigkeit sorgt, bessere Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg und dadurch bessere soziale Teilhabe schafft.

Obwohl die Wirkungen bekannt sind, findet der qualitätsvolle Ausbau der Einrichtungen nur sehr schleppend statt. Gerade Oberösterreich hinkt im Bundesländervergleich hinterher und ist in den vergangenen Jahren in der Entwicklung eher weiter zurückgefallen. Allen Ankündigungen zum Trotz fehlt es hierzulande vor allem am politischen Willen, daran etwas zu ändern.

BETREUUNGSQUOTEN NACH BUNDESLÄNDERN (IN PROZENT)



Oberösterreich liegt bei den Plätzen für Unter-Drei-Jährige, die eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern ermöglichen, besonders weit zurück. Gerade einmal für fünf Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe gibt es ein vollzeitaugliches Angebot. Damit liegt Oberösterreich in dieser Kategorie im Bundesländer-Ranking abgeschlagen an letzter Stelle.

Die Wiedereinführung der Nachmittagsgebühren hatte einen merklichen Effekt auf die Anzahl der ganztägigen Besuche. Gerade in Zeiten der anhaltenden Teuerung verschärfen Gebühren dieser Art die soziale Ungleichheit und sind signifikante Barrieren zum Zugang zu früher Bildung. Nur 37,2 Prozent der Kinder, die in Oberösterreich einen Kindergarten besuchen, sind in ganztägiger Betreuung (mindestens sechs Stunden). Damit liegt Oberösterreich weit hinter dem Bundesschnitt von 52,1 Prozent.

Vorschlag 2: Eine gute, gerecht finanzierte Schule, die Kinder fördert und fordert

Bildung wird in Österreich vererbt. Besonders deutlich zeigt sich das beim Schulübergang. Nur drei von 100 Schulkindern, deren Eltern höchstens ein Pflichtschulabschluss haben, wechseln auf ein Gymnasium. 76 Prozent der Kinder, deren Eltern über mindestens eine Matura verfügen, besuchen eine AHS.

Der Übertritt von der Volksschule in die AHS-Unterstufe hängt aber nicht nur vom Bildungsgrad der Eltern ab, sondern auch vom Angebot. Während in Wien 47 und in Kärnten 41 Prozent der Volksschulkinder in die AHS wechseln, sind es in Tirol 26 und in Oberösterreich 29 Prozent.

Die frühe Entscheidung über den weiteren Bildungsweg am Ende der Volksschule ist auch eine Entscheidung darüber, welche Perspektiven Kindern und Jugendlichen in weiterer Folge eröffnet werden und welche unter Umständen verschlossen bleiben. Diese frühe Trennung bestimmt oft den weiteren Bildungsweg.

Angeheizt wird diese Dynamik durch die derzeit anhaltende Teuerung: Eltern in Oberösterreich mussten im Schuljahr 2022/23 durchschnittlich Kosten in der Höhe von 2.656 Euro pro Schulkind stemmen. Besonders betroffen sind Familien mit geringem Haushaltseinkommen, Alleinerzieher:innen und Eltern mit drei oder mehr Schulkindern, wie aus der AK-Schulkostenerhebung hervorgeht. Viele Familien sparen bei Ernährung, Kleidung, Freizeit und Schulmaterialien.

Kaum Zeit zum Lernen, Üben, Festigen und Wiederholen

Schule schafft es in der derzeitigen Logik nicht, die sozialen Unterschiede zu kompensieren und alle Kinder bestmöglich zu fördern und zu unterstützen. Das liegt auch daran, dass im derzeitigen System kaum Zeit zum Lernen, Üben, Festigen und Wiederholen ist.

Das sehen auch die Eltern so: Laut einer IFES-Erhebung im Auftrag der AK sagen 56 Prozent der Eltern in Oberösterreich, dass Schulen nicht die Möglichkeit haben, Kinder ausreichend zu fördern. Mehr als zwei Drittel finden, dass Geld und Bildung entscheidend dafür sind, Kinder beim Lernen unterstützen zu können. Genauso ist es auch: Insbesondere die Halbtagschule lagert die Aufgabe des Lernens in die Familien aus. Eltern, die es sich leisten können, greifen auf teure, private Nachhilfe zurück. Im Jahr 2023 haben Familien in Oberösterreich rund 14,1 Millionen Euro für private Nachhilfe ausgegeben, rund 560 Euro pro Kind.

Aus der Schulkosten-Erhebung der Arbeiterkammer Oberösterreich geht hervor, dass sich die Eltern den Ausbau von kostenlosem Förderunterricht, finanzieller Förderung von Schulausflügen, psychologischen Beratungs- und Begleitungsangeboten sowie

den Ausbau der Nachmittagsbetreuung bzw. ganztägiger Schulformen und mehr Unterstützung bei den Hausaufgaben wünschen. Qualitätsvolle ganztägige Schulen mit durchgehendem Konzept, die Kinder und Jugendliche und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, setzen genau an diesen Punkten an.

Ganztägige Schule: Politischer Wille fehlt

Laut Bildungsinvestitionsgesetz (BIG) sollten bis 2025 750 Millionen Euro für den Ausbau ganztägiger Schulformen zur Verfügung stehen. Allerdings wurden die Mittel gestreckt, der Ausbau wurde damit verlangsamt. Spätestens im Schuljahr 2032/2033 soll nun für 40 Prozent aller Pflichtschüler:innen ein Angebot in einer ganztägigen schulischen Betreuung (30 Prozent) oder in einem Hort (10 Prozent) zur Verfügung stehen – derzeit sind es in Summe nur 28 Prozent. Laut eines Berichts des oö. Landesrechnungshofs vom Juli 2023 wird es in Oberösterreich – wenn der Ausbau ganztägiger Schulformen weiterhin so träge fortschreitet – bis 2032/2033 nur für rund 20 Prozent aller Pflichtschüler:innen ein schulisches Betreuungsangebot geben. Selbst unter Einbeziehung des Hortwesens und der schulischen Nachmittagsbetreuung, wird Oberösterreich das Ziel deutlich verfehlen.

Einer der Gründe für den zögerlichen Ausbau ist die fehlende Planungssicherheit für die Schulerhalter, im Regelfall sind dies die Gemeinden. Um diese zu gewährleisten, braucht es verbindliche Förderzusagen, die nicht nur den Ausbau, sondern auch die Kosten des laufenden Betriebs abdecken. Darauf weist auch der oö. Landesrechnungshof hin.

Weitere Ziele des BIG sind die Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Schüler:innen in Hinblick auf ihre Bildungslaufbahn sowie die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der oö. Landesrechnungshof regt an, dass sich die Bildungsdirektion mit diesen Zielen auseinandersetzen und sie mittels einer Wirkungsmessung bewertbar machen soll. Aus Sicht der AK muss das eine Auseinandersetzung mit Chancen und Möglichkeiten echter ganztägiger Schulen bedeuten. In verschränkten Ganztagschulen wechseln einander Phasen des Unterrichts, des Wiederholens und Lernens sowie von Sport- und Kreativangeboten ab und berücksichtigen so die Leistungskurven der Kinder besser. Diese Schule bietet die besten Voraussetzungen und ausreichend Zeit für kognitives, soziales und emotionales Lernen.

Nach der Corona-Pandemie haben manche Länder massiv in die Bildung von Kindern und Jugendlichen investiert, um die entstandenen Defizite wieder aufzuholen. Die Niederlande haben 2022 ein Aufholpaket im Ausmaß von 8,5 Milliarden Euro für Kinder und Jugendliche geschnürt, Deutschland investiert ab Sommer 2024 20 Milliarden Euro in Schulentwicklung mit dem dezidierten Ziel, Bildungs- und Chancengerechtigkeit herzustellen. In Österreich gibt es mit dem Forschungsprojekt „100 Schulen - 1000 Chancen“ nur einen ersten, kleinen Versuch in diese Richtung.

Vorschlag 3: Ausbildungsabbrüche verhindern und junge Menschen ins Bildungssystem zurückholen

Am Ende der Pflichtschulzeit ohne ausreichende Grundkompetenzen dazustehen hat weitreichende Folgen, sowohl für die betroffenen Personen als auch für die Gesellschaft. Insgesamt 18 Prozent der jungen Männer und 14 Prozent der jungen Frauen im Alter von 25 bis 29 Jahren in Oberösterreich verfügen über höchstens einen Pflichtschulabschluss. Fast ein Viertel der Lehrlinge (23,6 Prozent) hat im Jahr 2022 in Oberösterreich das Lehrverhältnis nicht erfolgreich beendet.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, braucht es größere Anstrengungen, junge Menschen im formalen Bildungssystem zu halten. Jenen, die das Bildungssystem bereits verlassen haben, müssen Wege zurück in das Bildungssystem geebnet werden. Dort brauchen sie Begleitung und Unterstützung, eine Ausbildung im zweiten Bildungsweg abzuschließen. Auch die Anerkennung von bereits erworbenen Kompetenzen auf einen Lehrabschluss ist ein wirkungsvoller Hebel zur Erlangung eines Bildungsabschlusses.

Die Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich:

zu Vorschlag 1 - In Kinderbildung investieren, von klein an:

- Einen bundesweit verbindlichen Qualitätsrahmenplan für Krabbelstuben und Kindergärten.
- Ein zweites verpflichtendes kostenloses Kindergartenjahr für alle Kinder. Zudem soll es einen Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen institutionellen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I geben.
- Eine Ausbildungsinitiative in der Kinderbildung und Kinderbetreuung, um den Personalbedarf decken zu können.
- Die Verbesserung der Sprachförderung im Kindergarten.
- Die Abschaffung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung.

zu Vorschlag 2 - Eine gute, gerecht finanzierte Schule, die Kinder fördert und fordert:

- Die gemeinsame Schule für alle 6- bis 15-Jährigen.
- Die Erhöhung und sozial gerechte Gestaltung der Schul- und Heimbeihilfen.
- Den nachhaltigen Abbau von Schulkosten und einen kostenbewussten Umgang bei Schulmaterialien und Schulveranstaltungen.
- Kostenlose schulische Förderung für alle, die sie brauchen.
- Einen Schulfonds zur Unterstützung für Schulveranstaltungen, Exkursionen und für Aktivitäten im Klassenverband.
- Ein flächendeckendes, gebührenfreies Angebot an Ganztagschulen, vor allem in einer Form, in der Lernen, Freizeit, Üben und Bewegung einander abwechseln. Ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer echten Ganztagschule muss umgesetzt werden.
- Die Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index. Dieser sieht eine transparente und gerechte Verteilung von zusätzlichen Mitteln im Schulbereich vor: Schulstandorte mit größeren Herausforderungen bekommen mehr zusätzliche Mittel, über deren Einsatz sie selbst entscheiden können.

zu Vorschlag 3 - Ausbildungsabbrüche verhindern und junge Menschen ins Bildungssystem zurückholen:

- Den Ausbau der offenen, aufsuchenden Jugendarbeit, um Jugendliche zu motivieren, die Ausbildung fortzusetzen bzw. nicht abzubrechen.
- Ausreichend Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Ausbildungspflicht bis 18.
- Verstärkte Angebote zur stärken- und interessen geleiteten Berufs- und Bildungswegorientierung.
- Maßnahmen zur kontinuierlichen Sicherstellung der Ausbildungsqualität in der Lehre.
- Eine zweite Chance einen Berufsabschluss zu erwerben, z.B. durch kostenloses Nachholen von Lehrabschlüssen und ein Qualifizierungsgeld zur Existenzsicherung während längerer Ausbildungen.